

# Keine Mehrheit für weniger Pestizide

**UMWELT** Vorhaben im EU-Parlament gescheitert – Auch Nachverhandlung im Ausschuss abgelehnt

VON GREGOR MAYNTZ,  
BÜRO BERLIN

**STRASBURG** – Als die Unterhändler nach einstündigem Abstimmungsmarathon über Hunderte von Änderungsanträgen eine Auszeit beantragten, war am frühen Mittwochnachmittag im Straßburger Plenarsaal zu spüren, dass eine überraschende Wende zur heiß umstrittenen Pestizidverordnung bevorstand. Generell sollte damit bis 2030 der Einsatz in Europa um 50 Prozent reduziert werden. Wie schwer es den Abgeordneten fallen würde, hier zu einer gemeinsamen Linie zu kommen, war bereits in der vorangegangenen Debatte überdeutlich geworden.

## Vielfalt der Begriffe

Es gehe doch um „Pflanzenschutzmittel“, meinte der deutsche Umweltexperte Peter Liese von der CDU in einer Zwischenfrage an die deutsche Agrarexpertin Jutta Paulus von den Grünen. Nein, das



Pestizide dürfen weiter versprüht werden.

DPA-BILD: WEIGEL

sei irreführend, meinte sie, denn Herbizide sollten ja nicht Pflanzen schützen, sondern Pflanzen töten. Deshalb bleibe sie bei „Pestiziden“. Anja Hazekamp von den niederländischen Linken verwendete lieber den Begriff „Agrargift“, Mazaly Aguilar von der spanischen Vox entgegnete: „Das ist Medizin für Pflanzen!“

Schließlich wurde die Abstimmung auch von außen aufgeheizt. Umweltverbände und Pestizidgegner appellierten an die Abgeordneten nur ja keine Aufweichung der Kommissionsvorschläge zuzulassen, Tempo und Tiefe der Reduzierungen eher noch zu vergrößern. Sie verwiesen auf Spuren im Essen, Erkrankun-

gen von Landwirten, sinkende Artenvielfalt. So war, zentral gesteuert von der in Deutschland als Fernsehköchin bekannt gewordenen Grünen-Abgeordneten Sarah Wiener, eine verschärfte Alternative zum Kommissionsentwurf zustande gekommen, der nach Verhandlungen im Umweltausschuss des Parlamentes bestimmte Pestizide um 65 Prozent zu reduzieren versuchte.

## Brandbrief der Bauern

Aber auch der Bauernverband hatte sich mit einem Brandbrief an die Abgeordneten gewandt, die Agrarminister aus Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, NRW, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein sich ebenfalls einschaltet und davor gewarnt „zur Erreichung der grundsätzlich guten Ziele falsche Wege“ einzuschlagen. Vor allem das grundsätzliche Verbot des Pestizideinsatzes in als „sensibel“ deklarierten Gebieten führten im Agrarausschuss des Parlamentes zu

einem anderen Kompromiss, der mit dem des Umweltausschusses nicht mehr viel gemein hatte. Er wollte die Zielmarke von 2030 auf 2035 verschieben und eine Beweislastumkehr einführen. Statt Pestizideinsatz nur, wenn er ausnahmsweise ungefährliche Auswirkungen auf das entsprechende Gebiet hat, wollten die Agrarpolitiker nur dann ein Pestizidverbot, wenn durch den Einsatz der Mittel nachweislich bestimmte Arten in dem jeweiligen Gebiet gefährdet werden.

In dem hochkomplexen Abstimmungsmarathon bekamen mal die einen, mal die anderen einen Änderungspassus durch. Das führte dazu, dass sie sich vor der Schlussabstimmung erst noch einmal beraten mussten, was sie denn da als Position des Parlamentes zu akzeptieren im Begriff waren. Nach langer Unterbrechung zeigte sich, dass eine Mehrheit es so nicht mehr wollte: 207 Ja-Stimmen standen 299-Nein-Stimmen und 121 Enthaltungen gegenüber.